

Sehr verehrter Herr Vorsitzender
sehr verehrter Herr Landesdirektor,
meine Damen und Herren,

404,9 Millionen € Defizit im kommenden Jahr.

Eigentlich ist damit alles schon gesagt und meine Haushaltsrede könnte bereits beendet sein. Über 400 Mio. € Schieflage bei Gesamterträgen von knapp 4 Milliarden ist einfach Fehlleistung und praktisch ist alles gesagt.

Ich möchte dennoch weiter ausholen und einzelne Aspekte beleuchten.

Bereits der Jahresabschluss 2021 bescherte ein Defizit von rund 126 Mio. €. Spiegelbildlich sank der Notgroschen des LWL, die Ausgleichsrücklage, um etwa 50 auf 126 Mio. €.

Für 2022 wird sich ebenfalls ein Minus entwickeln, das plangemäß derzeit bei 78,2 Mio. liegt.

Dementsprechend wird zum Ende dieses Jahres die Ausgleichsrücklage bei 45,3 Mio. € angelangt sein.

Diese finanzielle Entwicklung hatte ich in meiner letzten Haushaltsrede bereits aufgezeigt, es ist genauso eingetreten, und es wird in den kommenden Jahren noch schlimmer.

In diesem Fehlbetrag des Haushaltsergebnisses – so er nicht noch weiter anwächst - werden auch einige Millionen an isolierten Geldern versteckt sein, die dank des „NKF-CIG“ anders haushälterisch gehandhabt werden, als es bislang mit Belastungen üblich war:

Die zusätzlich notwendig gewordenen Corona-Ausgaben können nämlich seit Verabschiedung dieses Corona-Isolierungs-Gesetzes bilanziell als außerordentliche Erträge – man muss es sich einmal auf der Zunge zergehen lassen: ein Minus als „außerordentliche Erträge“ - abgeschrieben und dann innerhalb von 50 Jahren rückgeführt werden.

In allen politischen Gremien wird nun gerne einfach hingenommen, dass diese Corona-Sonderausgaben aufgelaufen sind, so als handele es sich um eine höhere Macht.

Aber nein, auch, wenn die CoVid-19-Variante und deren Folgemutationen als eine Art Naturkatastrophe über uns gekommen sein mögen, so waren es doch die politischen Entscheidungen und allein diese, die zur Ausgabenexplosion geführt haben.

Nun blicken wir einmal in das Jahr 2020 zurück. Alle Regierungsparteien, ob in Bund, Ländern oder Kommunen, waren an den Maßnahmen beteiligt.

Lockdown, Maskenpflicht, Impfzwang und das Verschieben von Untersuchungen und Operationen in Krankenhäusern und viele weitere als „alternativlos“ hingestellte Maßnahmen wurden den Deutschen aufgebürdet.

Dabei warnten bereits vor 2 Jahren viele Experten, dass jene harten Maßnahmen negative Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft haben werden und ihr Nutzen unverhältnismäßig gering sein würde.

Insbesondere vor den psychologischen Folgen von Lockdowns wurde gewarnt. Auch die Auswirkungen auf Schulkinder, die hinter Masken verborgen oder im Heimunterricht die für die Entwicklung so wichtigen Erfahrungen der Sozialisierung nicht machen konnten, wurden vorhergesehen.

Aktuell sind Krankenhäuser und besonders Kinderkliniken stark ausgelastet, jedoch nicht etwa mit Coronafällen.

Vielmehr wurde das Immunsystem von Kindern durch Maskenzwang und Isolation stark geschwächt, und auch davor wurde gewarnt.

Obwohl schon 2020 sehr früh bekannt war, dass Kinder (und Schulen) weder für die Verbreitung des Virus eine große Wirkung haben noch dass Kinder selbst gesundheitlich besonders gefährdet sind, hat man Maßnahmen gegen das Wohl der Kinder durchgepeitscht.

Damals, da haben Sie uns, die AfD und viele andere Kritiker für die Benennung dieser auch da schon wissenschaftlich untermauerten Befürchtungen als „Schwurbler“ betitelt.

Heute sickert es tröpfchenweise bereits in den Mainstream, dass massive Fehler gemacht wurden.

Täglich neue Impffolgeschäden werden bekannt. Aus den Reihen der CDU wird eine unabhängige Prüfung der Maßnahmen durch ein Expertengremium gefordert, ja sogar Gesundheitsminister Lauterbach gibt scheinbar zu, dass er sich geirrt hat.

Studien zeigen, dass Maßnahmen wie Lockdowns weitestgehend wirkungslos waren, aber finanziell ungeheuer schädlich. Man kann mit Blick auf freiheitliche Länder wie Schweden, die auf einen Großteil solch autoritärer Maßnahmen verzichtet haben, mit Fug und Recht die Frage stellen:

Haben diese Regierungsmaßnahmen nicht sogar mehr Schaden angerichtet als genutzt?

Und das alles, um es noch einmal zu betonen, das hätten Sie wissen können, wenn Sie nicht nur auf Ihre eigenen „Experten“ und die allgemeine Panikmache in den Medien gehört hätten, sondern andere Meinungen hätten zu Wort kommen lassen, statt sie mutwillig zu diskreditieren.

Dieser Haushalt ist durch die Corona-Maßnahmen, die Sie alle hier mitgetragen haben, mit Sonderschulden aufgebläht worden. Und nun will man mit Taschenspielertricks diese Kosten verschwinden lassen.

Diese Bilanztrickserei findet nun in neuer gesetzlicher Form seine logische Fortführung in der Ukraine-Belastungen-Isolierung, gegossen in ein neues legislatives Monstrum namens „Gesetz zur Isolierung der aus der COVID-19-Pandemie und dem Krieg gegen die Ukraine folgenden Belastungen der kommunalen Haushalte im Land Nordrhein Westfalen“.

Doch was passiert hier mit Lasten im Haushalt? Diese werden nicht als haushaltsjahraktuelle Ausgaben endgültig berücksichtigt, sondern mit fiktiven Erträgen verrechnet, denen kein Wert gegenüber steht.

Das Hemd ist wieder näher als die Hose; bezahlen müssen die Zeche nachfolgende Generationen.

Gutes Vorbild haben diese Taschenspielertricks übrigens auf Bundesebene bei Bildung von sogenannten Sondervermögen – verschleierter Kreditaufnahme, die eine weitere Hypothek für kommende Jahresabschlüsse darstellen.

Zwar macht sich dieser Kniff im laufenden Jahr ebenso wie im kommenden Jahr sofort positiv im Jahresabschluss in den NRW-Kommunen und hier im Hause bemerkbar; ohne würde das Defizit 2022 hier um etwa 25 Mio. € höher ausfallen.

Dennoch bleibt fraglich, ob das Land hier nicht einen Bärendienst erwiesen hat. Letztendlich werden auch die isolierten Summen zurückzuführen sein, sei es auch auf Jahrzehnte verteilt.

Viel wichtiger aber als die Höhe dieser Summen ist allerdings die Tatsache, dass es offenbar der Ampelregierung in Berlin ebenso wenig wie der Düsseldorfer Ehemals-konservativ-grün-Koalition überhaupt noch möglich ist, ohne Bilanzgeschummel ausgewogene Haushalte hinzubekommen.

Passend dazu hat die Landesregierung Ende letzten Monats die „finanzielle Notlage“ ausgerufen – um damit die eigentlich greifende Schuldenbremse zu umgehen und mehr als zulässig Neuverschuldung aufnehmen zu können.

Einen weiteren Schritt in die falsche Richtung geht der Bundesgesetzgeber mit der Neueinführung des Bürgergeldes.

Das Bürgergeld – schon der Name ist eine rhetorische Nebelkerze – soll ab kommendem Jahr das bisherige HartzIV-System als Grundsicherung für Erwerbslose ersetzen, wobei den Beziehern einige Erleichterungen zugute kommen werden.

Aus Sanktionen werden „Leistungsminderungen“, diese können auch (nur im Wiederholungsfalle) für maximal 30 v.H. der bezogenen Leistungen ausgesprochen werden, Heizkosten werden bei angemessen großen Wohnungen in voller tatsächlich entstandener Höhe übernommen, also der Freifahrtschein für „Heize bei offenem Fenster soviel du willst“, während gleichzeitig der Durchschnittsbürger unter immer höheren Nebenkosten ächzt, die erst einmal erarbeitet werden müssen.

Eigentumswohnung und eigenes Vermögen bis zu 40 Tsd€ stellen auch kein Problem mehr dar.

„Bürgergeld“ statt „Sozialhilfe“ oder „HartzIV“, „Leistungsminderungen“ statt „Sanktionen“, der Trend zu griffigen Euphemismen geht weiter, schließlich soll niemand ein schlechtes Gewissen beim Bezug solcher Leistungen haben. Übrigens ist der Begriff an sich schon Mogelpackung, ein überproportional großer Anteil der Leistungsbezieher sind nämlich keine deutschen Staatsbürger.

Ich zitiere dazu: „Und obwohl die Ausländer mit eigener Migrationserfahrung im Jahr 2020 nur einen Anteil von 10,7 Prozent an der Gesamtbevölkerung hatten, waren 38,0 Prozent der Arbeitslosengeld II-Bezieher (Hartz IV) Ausländer mit eigener Migrationserfahrung. Bei den Beziehern von Sozialhilfe, Grundsicherung oder ähnlichen Leistungen lag der Anteil der Ausländer mit eigener Migrationserfahrung mit 35,8 Prozent ebenfalls sehr hoch.“

Das, meine Damen und Herren, sind keine Zahlen aus rechten Blättern oder Schätzungen von Anti-Schleppergruppen oder gar Recherchen der AfD, nein, dies sind amtliche Zahlen des statistischen Bundesamtes.

Wir sehen eine Neuregelung von eigentlich Nothilfeleistungen des Staates mit noch mehr Anreizen für Erwerbsscheue, sich in eine bequem gepolsterte staatliche Hängematte zu legen statt eigene Arbeitsleistung zu erbringen, kommen.

Dem arbeitenden Teil der Bevölkerung wird allerdings auch vom fürsorglichen rotgrünen Staat Hilfe zuteil, seit die Energiekosten in raketentartigem Abheben begriffen sind.

Mal einzelne Geldgeschenke von Scholz und Habecks Gnaden, jetzt kommend eine Preisdeckelung mit dem Modenamen „Energiepreisbremsen“.

Finanziell unterfüttert werden soll dieser mildtätige Hilfsakt für diejenigen, die sowieso schon die Steuern erwirtschaften, mit - Sondervermögen.

Wer dieses Sondervermögen zu erwirtschaften hat, dürfte nun allen klar sein, ich sage nur „linke Tasche – rechte Tasche“.

Rationale Maßnahmen gegen die Energieknappheit und die Preisexplosion, die ja auch in bedeutendem Umfang das hiesige Haushaltsergebnis belasten, sind allerdings Fehlanzeige.

Da fährt der grüne Wirtschaftsminister zum Katzbuckeln nach Katar, um dort Verträge über die Jahreslieferung von Gas ab 2026 zu schließen, die den Energiebedarf der Bundesrepublik für --- 11 Tage --- decken, und übrigens noch umweltbelastend auf Tankern hierhin verschifft werden müssen; und das alles, während sich die moralischen Sieger der Herzen zusammen mit der Innenministerin noch in Verachtung über Katar suhlen.

Vernunftorientierte Energiepolitik sieht anders aus. Ob nun weiter im gleichen Umfang Ressourcen aus Rußland bezogen werden sollten, könnte dahingestellt bleiben, wenn hier im eigenen Land auf dem Boden der Realität agiert würde.

Kernenergie abzuschalten, während gleichzeitig um uns herum fleißig AKWs gebaut werden, während sogar die EU Kernenergie als „grün“ einstuft, das ist verblendete und verblödete Politik mit dem Kopf durch die Wand.

Dann muss man sich auch in der kommunalen Familie nicht wundern, wenn die Energiepreise utopisch werden, und sich im Jahresfehlresultat mit Millionen zusätzlich bemerkbar machen.

Viel deutlicher machen sich aber noch die Anstrengungen zur Klimarettung bemerkbar. Der LWL wird bis 2030 etwa eine halbe Milliarde für Klimaschutzziele ausgeben, ich stelle an dieser Stelle einmal den hier debattierten Fehlbetrag für das kommende Jahr daneben – 404 Millionen.

Zwar ist ein Teil der Ausgaben sicherlich sinnvoll und notwendig für gute und richtige Projekte zum Umweltschutz und zur umweltfreundlichen Ertüchtigung aller Einrichtungen.

Aber es wird dennoch alles mit einer grünen Vehemenz übertrieben und durchgepeitscht.

Sobald etwas als „grün“ etikettiert wird und dem Klimaschutz dienen soll, gilt „koste es, was es wolle“.

Das ist auf Bundesebene nicht anders.

Windkraftanlagen, die nicht ans nationale Stromnetz angeschlossen wurden, eine Leitungsinfrastruktur, die nicht ausreicht, Vomnetznehmen grundlastfähiger Energieerzeuger noch vor dem Umstieg auf erneuerbare Energien.

In tagesaktuellen Übersichten sieht man deutlich: Solarstrom steht derzeit nur an wenigen Stunden um die Mittagszeit zur Verfügung.

Windenergie wird nur bei Wind erzeugt, der Name deutet es bereits an.

Wenn nun die letzten Kernkraftwerke in Deutschland abgeschaltet sein werden, wenn nun Kohle- und Gasverstromung weiter reduziert sein werden – ginge es nach den Grünen auf 0% - wo soll dann Energie abends bei Windstille herkommen; von bezahlbarer Energie einmal ganz zu schweigen.

Wo sollen nach Umsetzung des bisherigen Integrierten Klimaschutzkonzeptes 2030 günstige Energie für die Einrichtungen des LWL 24/7 herkommen?

Wo sollen die Bürger ihren Strom beziehen, wenn nicht durch Zukauf aus dem Ausland? Dasselbe Ausland übrigens, dass herkömmliche Energieerzeuger nicht mutwillig abschaltet, noch bevor eine tragfähige Alternative vorhanden ist.

Diese stete Frage an die Grünen bleibt weiter unbeantwortet.

Ein Hinweis noch zum Klimaschutz durch CO₂-Einsparungen an sich: völlig unabhängig von der Frage, ob und in wie weit ein CO₂-Anstieg zur Klimakatastrophe führen und ob dies überhaupt abgewendet werden kann, hier einmal ein Rechenbeispiel:

Die Luft der Atmosphäre besteht zu etwa 0,035% aus CO₂. Vom Menschen erzeugt sind davon in etwa 4 %, der Rest ist natürlichen Ursprungs.

Diese 4% ergeben also einen Anteil von menschenverursachtem CO₂ von 0,0015% der Atmosphäre; der Anteil Deutschland daran macht im Weltvergleich etwa 3,1% aus.

In Summe sind also 0,0000471% menschenverursachten CO₂s Deutschland zuzurechnen.

Sie können sich selbst sicher unschwer ausrechnen, welche Auswirkungen eine Totaleinstellung aller CO₂-Emission in ganz Deutschland für Auswirkungen auf das Weltklima hätte.

Die Kosten allerdings brauchen Sie nicht selbst auszurechnen, die stehen unter anderem im hier heute behandelten Haushaltsentwurf drin.

Das alles, während die Armut in Deutschland, so berichtete die Tagesschau erst vor wenigen Tagen, stark gestiegen ist.

Wichtiger als eine an den Notwendigkeiten der heutigen Realität ausgerichteten Politik sind derweil - neben den dogmatischen Klimafantasien für die Grünen --- für die Linken zum Beispiel Menstruationsprodukte überall und für alle.

Ob das Zuverfügungstellen von allerlei Menstruationsprodukten überall und immer auf Kosten des Steuerzahlers notwendig und in der jetzigen Situation wichtig ist; und nicht vielmehr an sozialistischem Aberwitz kaum noch zu überbieten ist, kann dahingestellt bleiben.

Wichtiger dahinter ist vielmehr die stetige und immer ungeniertere Tendenz zum Griff in anderer Leute Taschen:

Ein Teufelskreis in rotgrün, an dem alle bisherigen Regierungsparteien nicht unschuldig sind:

Schlechte Politik führt zu Armut, diese sieht man stets durch mildtätiges Umverteilen und dazu noch tieferes Reingreifen in die Steuerzahlertaschen zu bekämpfen, was zu noch mehr Armut führt.

Das Ende vom Lied sozialistischer Gleichheitsträume haben wir doch erst 1989 alle gesehen, nur leider sehr wenig daraus gelernt.

Armut – und geht es auch „nur“ um Menstruationsprodukte – kann nicht mit Almosen dauerhaft bekämpft werden. Armut wird ausschließlich mit Leistungsanreizen und Leistungseinforderung und flankierenden – moderaten -- Hilfen bekämpft. Hier übrigens schließt sich der Kreis zum anfangs angesprochenen Bürgergeld.

Menstruationsprodukte für alle in allen Einrichtungen, egal, was es auch kosten möge, für Linke jedenfalls das Gebot der Stunde. Am besten für jedes denkbare und selbst ausgedachte Geschlecht.

Zu diesem Kanon muss natürlich auch das Gender-Lied zu jeder Sitzung aufs Neue gesungen werden. Während Thüringen schon schlauer ist, wird hier noch in jedem Satz mit Sternchen und Leerzeichen eine Inklusion vorgegaukelt, die keine ist.

Dies geht nicht nur den allermeisten Deutschen – wir reden hier über mehr als zwei Drittel der Bevölkerung – auf die Nerven, nein auch unter Parteimitgliedern bei Grünen, SPD und Linken sind die Zustimmungswerte deutlich unter 50 %.

Erfahrungsgemäß ist das Meiste, was sich in der Politik auf Gendergerechtigkeit oder gar Quoten beruft und sich in den verschiedensten Geschlechtern wähnt, nicht die Crème de la Crème der Vertreter von Männlein und Weiblein.

Man fragt sich: Wie weit soll der Wahn nach Geschlechtsfreiheit eigentlich gehen?

Im Vereinigten Kgr. hat sich beispielsweise ein inhaftierter Sexualverbrecher als Transfrau ausgegeben, und erreichte, ins Frauengefängnis verlegt zu werden. Dort beging er/sie dann munter weitere Sexualverbrechen.

Jeder soll nach seiner Facon selig werden, das entspricht unserer tiefsten Auffassung als bürgerliche Partei.

Wenn dann nun aber die einzige verbliebene wirkliche Oppositionspartei einen Antrag in diesem Hause einbringt, das Zwangsbeglücken anderer mit Gender-Satzunfällen zu beenden, passiert Folgendes:

In den Ausschüssen wird der Antrag von der Tagesordnung weggewischt.

Das ist nur verständlich und nachvollziehbar, denn wirkliche Argumente gegen unseren vernünftigen Antrag konnten nicht präsentiert werden.

Nachdem dann aber das Haus dazu gebracht wurde, unliebsame Anträge nicht einfach unparlamentarisch wegzuwischen, kamen ebenfalls bislang keine Argumente, nur ideologisches Geschwafel, Ausweichen auf Altbeschlusslage und zuletzt grüne Märchenstunde mit Vorlesen einer wirren Geschichte aus dem Internet.

Da dieser Antrag gleich noch abschließend auf der Tagesordnung steht, möchte ich an dieser Stelle nicht weiter vorgreifen.

Kommen wir zurück auf den Entwurf zum nächsten Jahreshaushalt.

Wie erwähnt befindet sich das Jahresergebnis nach bereits prekärem Abschluss in den letzten Jahren nun in freiem Fall.

Gerechterweise muss man sagen – Ehre, wem Ehre gebührt – grundsätzlich versucht die Verwaltung stets, wirtschaftlich zu agieren.

Das dies nicht immer gelingen kann, ist als Realität anzuerkennen, und das ist uns auch durchaus bewußt.

Dass gerade der Haushalt der Landschaftsverbände von vielen intern kaum beeinflussbaren Parametern beeinflusst wird, engt den Handlungsspielraum deutlich ein.

Unbegreiflich ist vor diesem Hintergrund dann aber, warum dort, wo eingespart werden kann, nicht gespart wird.

Ich rede hier nicht von Sparen um jeden Preis, vom Abdrehen aller Geldhähne. Gerade bei den vielen Empfängern der Leistungen des LWL, die dringend auf diese angewiesen sind; die oft Einschränkungen oder Gebrechen haben -- bei diesen soll und darf man nicht am falschen Ende sparen, das haben wir durch unser Abstimmungsverhalten immer ganz deutlich gemacht.

Aber wenn dann so oft vom Sparzwang geredet wird wie in diesem Haus, wenn so oft rechts nach Sparen geblinkt und dann doch links in Richtung Verschwendung abgelenkt wird, dann kann unsere Fraktion nicht zustimmen.

Ich möchte dazu einige Beispiele nennen:

Es wird beispielhaft nicht deutlich sichtbar versucht, mit vorhandenem Personalschlüssel auszukommen: es wird nicht gefragt „was kann ich aus dem vorhandenen Personal herausholen, und wie kann ich den Mitarbeiterpool so strukturieren, dass größtmögliche Effektivität erzielt werden kann?“.

Nein, es wird vielmehr alle Jahre wieder nach mehr Mitarbeitern gerufen.

Wir alle wissen, dass Personal regelmäßig der größte Kostenfaktor ist.

Die Mitarbeiterzahl ist in den letzten zehn Jahren bereits von etwa 12.000 um mehr als 50 % auf ca. 19.000 angeschwollen; kein Ende ist in Sicht.

Im nächsten Jahr sollen es 116 Mitarbeiterstellen mehr werden.

Ein Anpacken der Kostenexplosion sieht aus unserer Sicht anders aus.

Sonderausstellungen wie „Prost Mahlzeit! Kulturgeschichte des Essens und Trinkens“ oder „Schönheitsindustrie. Von der Produktion eines Ideals“, alle mit mehreren Hunderttausend Euro dotiert, werden als dringend notwendig angesehen.

Weitere Millionen wandern aus dem LWL-Säckel in die Ausstellung „Skulpturen-Projekt“. Frei drehende Künstler können dort ihrer Kreativität ebenso freien Lauf lassen, die bisherigen Kreationen der letzten Termine können Sie im Internet nachverfolgen.

Über den künstlerischen Wert mag man streiten können, über die Notwendigkeit angesichts einer Alimentierung mit 11,3 Millionen € aus Steuermitteln nicht.

Auch, wenn der Landschaftsverband nur Teilfinanzier der Maßnahme ist:

Millionen für so ein kulturlastiges Projekt in Zeiten tiefer Griffe in die Kassen der Kreise und Städte ist für uns nicht vermittelbar.

Weiter geht es bei den Bauprojekten.

Beispielhaft zu nennen sind hier ein neues Empfangsgebäude für das Freilichtmuseum in Detmold sowie Verwaltungsneubauten in Münster.

Für ein neues Eintritts- und Ausstellungsgebäude in Detmold wurden immerhin 38 Millionen € von der Politik genehmigt. Alles sollte grünen Wünschen folgend gebaut werden, vom Holzdach ohne Nägel bis zu Lehmwänden und Ökobeton.

Für dieses Öko-Prestigeprojekt gab es einige Vorschuss-Prämierungen und durchaus auch externe Fördermittel, die allerdings naturgemäß nur einen kleinen Teil der Baukosten puffern, und ebenfalls – aus Steuerzahlertaschen kommen.

Durch Preisanstieg, Inflation etc. sind die Baukostenerwartungen explodiert – mittlerweile rechnet der zuständige Baudezernent mit knapp 60 Millionen € bis zur Fertigstellung.

Dies alles stellt allerdings angesichts des Prestiges dieses Prunkbaus für Verwaltung und Politik noch lange keinen Grund dar, die Reißleine zu ziehen:

Schon im Angesicht des Ausmaßes der drohenden Haushaltsschieflage wurde, kurz nach der Verkündung des geplanten Defizits, der Weiterbau der Eingangshalle „koste es, was es wolle“ beschlossen – in ein und derselben Sitzung!

Gleiches gilt für mehrere neue Verwaltungsgebäude in Münster. Mehr Personal erfordert mehr Platz, da schließt sich der Kreis zur oben beschriebenen Forderung nach Personaleinsparung statt -vermehrung.

Über 11.000 Quadratmeter neue Bürofläche sollen in Münster entstehen.

Zusätzlich dazu wird für die engere Verwaltung und die politischen Fraktionen ein separater Neubau als Anbau des Landeshauses errichtet, der im Luxusanbau des Kanzleramtes ein gutes Vorbild hat.

Geld jedenfalls spielt da keine Rolle.

Auch im Altbau des Landeshauses spielt Geld keine Rolle:

Für das sogenannte „Ausschusszimmer“, ein Konferenzraum von etwa 40 Quadratmetern, werden im Entwurf knapp eine halbe Million € bereitgestellt – Tendenz auch hier steigend.

Nicht, dass das Zimmer im Ist-Zustand nicht nutzbar wäre; vielmehr kann sich nicht jede Fraktion mit dem Stil der neunziger Jahre begnügen.

Nicht, dass dort derzeit auch Ausschüsse stattfinden würden, nein, diese tagen derzeit bequem hier im Plenarsaal.

Nicht, dass es nicht auch andere, moderne Konferenzzimmer im Hause gäbe.

Nicht, dass nicht in etwa zwei Jahren der oben beschriebene fürstliche Anbau in Betrieb gehen würde mit brandaktuellen Sitzungszimmern.

Mit uns sind diese Verschwendung und derartige Prestigebauten jedenfalls nicht zu machen.

Wir als AfD-Fraktion haben nicht erst beim Verabschieden der beschriebenen Beschlüsse unsere Einwände erhoben, über die stets argumentatorisch blutleer weggegangen wird.

Andere Fraktionen mögen ihr Gewissen mithilfe von Deals zu Begleitbeschlüssen zum Sparen im nächsten Jahr oder besser noch am Sankt-Nimmerleins-Tag beruhigt wissen.

Und auch, wenn eine flankierende Forderung nach energischen Einsparmaßnahmen und entsprechenden Evaluierungen gut und sinnvoll ist und unsere volle Zustimmung findet, lassen wir uns damit nicht wie andere Fraktionen für einen Haushalt ködern, der sein Einsparpotential bei weitem nicht ausschöpft.

Wir werden daher dem Haushaltsentwurf - auch mit Begleitbeschlüssen - nicht zustimmen.